

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Beschlussausfertigung
vom 18.06.2026

Präsidium des 48. Bonner
Studierendenparlamentes

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail sp@uni-bonn.de

Adresse Endenicher Allee 19
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

Beschlussausfertigung:
Antragstellende:

Koalitionsversprechen halten: BAföG novellieren!

Rahel Schüssler (für die FZS-Stelle des AStA)

Fiona Keller (für die FZS-Stelle des AStA)

Luc Augustin (für den AStA-Vorsitz))

Sitzung des Beschlusses:

6. ordentliche Sitzung

Datum der Sitzung:

2026-06-17

Empfänger des Beschlusses:

Prof. Dr. Hendrik Streeck, Katrin Uhlig, Dr. Norbert Röttgen, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Sebastian Hartmann, Detlef Seif, Mechthild Heil, Ellen Demuth

Das 48. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **6. ordentlichen Sitzung** den angehängten Antrag „**Koalitionsversprechen halten: BAföG novellieren!**“ der oben genannten Antragstellenden **mehrheitlich** beschlossen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Paul Ludwig'.

Paul Ludwig
Erster Sprecher

Anlagen:

1. Beschlossener Antrag

Das 48. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

1. Das Studierendenparlament spricht sich für eine zeitnahe und umfassende Novellierung des BAföG aus.
2. Das Studierendenparlament kritisiert die öffentliche Infragestellung der bereits angekündigten BAföG-Novellierung durch Bundesforschungsministerin Dorothee Bär und den Unions-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn.
3. Das Studierendenparlament fordert die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus den Wahlkreisen Bonn, Rhein-Sieg-Kreis I und II, Neuwied, Ahrweiler und Euskirchen auf, sich für eine umfassende BAföG-Novellierung einzusetzen und nicht hinter die Minimalanpassungen des Koalitionsvertrags zurückzufallen.
4. Das Studierendenparlament fordert die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus den Wahlkreisen Bonn, Rhein-Sieg-Kreis I und II, Neuwied, Ahrweiler und Euskirchen¹ auf, sich insbesondere für die Aufnahme der folgenden Forderungen² in die BAföG-Novelle einzusetzen:
 - *Existenz sichern*: existenzsichernde Anhebung an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten und Dynamisierung der Bedarfssätze, Erhöhung der Wohnkostenpauschale, sowie eine Rückkehr zum Vollzuschuss
 - *Studienrealitäten abbilden*: Flexibilisierung der Förderungshöchstdauer, Erhöhung der Freibeträge beim eigenen Einkommen
 - *Chancengleichheit schaffen*: Anhebung der Elternfreibeträge; Zweitstudium und Fachwechsel vereinfachen, Ausbau der Studienstarthilfe
 - *Verwaltungsprozesse modernisieren*: Verlängerung der Bewilligungszeiträume, vereinfachte Antragsstellung, konsequente Digitalisierung und Personaldeckung, Gemeinsame Beantragung von BAföG und Wohngeld ermöglichen, Kranken- und Pflegeversicherungen für nicht BAföG-Berechtigte
5. Dieser Beschluss wird mitsamt Begründung an die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus den Wahlkreisen Bonn, Rhein-Sieg-Kreis I und II, Neuwied, Ahrweiler und Euskirchen gesendet.

¹Namentlich: Prof. Dr. Hendrik Streeck, Katrin Uhlig, Dr. Norbert Röttgen, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Sebastian Hartmann, Detlef Seif, Mechthild Heil, Ellen Demuth

²Die Forderungen orientieren sich am „Policy Paper der Studierendenvertretungen zum Stand des BAföGs 2026“ des freien Zusammenschluss für student*innenschaften (fzs) e.V. vom 01.03.2026. Ausführlich können sie in diesem Paper nachgelesen werden. (<https://www.fzs.de/2026/03/01/bafogeg-positions-papier-maerz26/>)

Die finanzielle Lage vieler Studierender in Deutschland ist seit Jahren angespannt. Insbesondere die stark gestiegenen Wohnkosten belasten Studierende erheblich.³ Die durchschnittlichen Kosten für ein WG-Zimmer liegen in vielen Hochschulstädten mittlerweile deutlich über der aktuellen BAföG-Wohnkostenpauschale von 380 Euro. In Bonn beträgt der durchschnittliche Preis für ein WG Zimmer aktuell 540 Euro⁴. Selbst die im Rahmen der ursprünglich geplanten Novelle vorgesehene Erhöhung auf 440 Euro würde die tatsächlichen Mietkosten, welche Studierenden in Bonn bezahlen, nicht vollständig abdecken. Geplant war zudem eine Anhebung des Grundbedarfs. Diese Maßnahmen sind angesichts der Lebensrealität von Studierenden dringend notwendig.

Aktuell äußern Bundesforschungsministerin Dorothee Bär und die Unionsfraktion, dass die BAföG-Novelle nicht umgesetzt werden soll. In diesem Kontext bezeichnete sie die Lebenssituation von Studierenden als privilegiert und äußerte, dass es kein "Vollkaskostudium" geben werde.⁵ Dies steht der Lebensrealität von Studierenden entgegen. Zwei Drittel der Studierenden arbeiten bereits neben ihrem Vollzeitstudium, im Durchschnitt 15 Stunden in der Woche. Lohnarbeit ist bereits für viele essentiell für die Existenzsicherung und somit viel mehr als eine freiwillige Ergänzung. Ihre Aussage verkennt, dass diese hohe Arbeitslast den Studienerfolg erschwert, die Studienzeiten verlängert und soziale Ungleichheiten verschärft. Bereits 10 Stunden Arbeit pro Woche können sich negativ auf den Studienerfolg auswirken.⁶

Eine BAföG-Novelle darf nicht auf ein Minimum reduziert oder erneut verschoben werden. Die Novellierung wird bereits jetzt nicht mehr zum Wintersemester sinnvoll umgesetzt werden können. Das BAföG ist das zentrale Instrument zur sozialen Öffnung der Hochschulen. Der Zugang zu einem Studium darf kein Luxus sein und auch nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Die Mitglieder der Wahlkreise aus der Umgebung können durch ihren Einsatz für eine BAföG Novellierung ihrer Verantwortung gegenüber Bonner Studierenden gerecht werden und echte Verbesserung bewirken.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

³https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_N044_62.html [28.04.2024]

⁴<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1420229/umfrage/miete-wg-zimmer-in-deutschen-staedten/> [10/2025]

⁵<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/baer-bafoeg-reform-100.html> [31.05.2026]

⁶<https://www.studierendenwerke.de/beitrag/dsw-presse-statement-zu-ministerin-baers-aussagen-zum-bafoeg-im-bundestags-plenum> [24.04.2026]